

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Pfeifer, Dr. Köhler (Wolfsburg), Dr. Hornhues, Klein (München),
Frau Benedix, Daweke, Frau Krone-Appuhn, Dr. Pfennig, Dr. Müller, Rühe,
Schmidt (Wuppertal), Frau Dr. Wilms, Frau Dr. Wisniewski und der Fraktion der
CDU/CSU**

Situation der deutschen Schulen im Ausland

Die Zahl der deutschen Schüler an den deutschen Schulen im Ausland hat sich seit 1964 verdreifacht. Dies ist in erster Linie auf das sich ständig verstärkende deutsche wirtschaftliche und industrielle Engagement in der Welt zurückzuführen. Gleichzeitig hat der Andrang ausländischer Kinder zu deutschen Schulen im Ausland in den vergangenen Jahren ständig zugenommen, das Interesse am Deutschunterricht ist im Ausland spürbar im Steigen.

Dennoch werden von der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien in einer Phase, in der die Bundesrepublik in besonderer Weise auf eine umfassende Pflege ihrer Außenbeziehungen angewiesen ist, die Mittel für die auswärtige Kulturpolitik drastisch gekürzt. Neben den Mittlerorganisationen für die kulturelle Außenpolitik sind davon die Auslandsschulen besonders betroffen. Insbesondere die Lern- und Lehrbedingungen in diesen Schulen verschlechtern sich in einem solchen Maße, daß die deutschen Schulen im Ausland immer schwerer mit den Bildungsangeboten anderer Länder Schritt halten können. Die Ausgaben für die deutschen Schulen im Ausland sind aber politisch und wirtschaftlich wirksame Investitionen für die Zukunft.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Treffen Presseberichte zu, wonach allein bis Mitte dieses Jahres hundert Stellen für deutsche Lehrer im Ausland gestrichen worden sind, obwohl beispielsweise allein die deutschen Schüler an diesen Schulen in den Jahren 1974 und 1975 um jeweils mehr als 15 v. H. zugenommen haben, und mit welchen sachlichen Erwägungen begründet die Bundesregierung diese Stellenstreichungen?

2. Hat die Bundesregierung die Absicht, den Abbau der Lehr- und Lernkapazitäten an den deutschen Schulen im Ausland weiter fortzusetzen?
3. Ist der Bundesregierung bekannt, daß an vielen Orten die deutschen Schulen inzwischen auf Grund des Andrangs „Wartelisten“ für angemeldete Schüler eingerichtet haben, was naturgemäß zu Unruhe und Mißstimmung in Kreisen der betroffenen Eltern geführt hat? Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?
4. Wieviele ausländische Kinder, die Interesse an der Aufnahme in eine deutsche Schule im Ausland gehabt haben, sind in den Jahren 1972, 1973, 1974, 1975 und 1976 nicht in eine deutsche Schule aufgenommen worden, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun, daß immer mehr ausländische Kinder abgewiesen werden müssen?
5. Treffen Presseberichte zu, wonach neuerrichtete deutsche Schulen im Ausland grundsätzlich nicht mehr auf die Förderung durch die Bundesregierung rechnen können?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung Erwägungen, die der frühere Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes in einem unter dem Thema „Deutsche Auslandsschulen – für wen, wozu?“ in der Zeitschrift „Pädagogik und Schule in Ost und West“ veröffentlicht hat, wonach Auslandsschulen des traditionellen Typs überlebt haben könnten und man nicht mehr ausschließen könne, daß deutsche Schulen im Ausland nur noch dort aufrecht erhalten werden könnten, wo sie für geschlossen lebende deutsche Gruppen notwendig seien, während sie an allen anderen Orten durch einzelne deutsche Lehrerstellen oder Lektorate ersetzt werden könnten?

Gehen die Personaleinsparungen im Auslandsschulwesen auf solche Erwägungen zurück, oder welche anderen Erwägungen waren dafür maßgebend? Von welchen Erwägungen wird die Bundesregierung bei der Förderung des Auslandsschulwesens in den kommenden Jahren ausgehen, und welche konkreten finanziellen Folgerungen wird sie im kommenden Bundeshaushalt und in der kommenden mittelfristigen Finanzplanung daraus ziehen?

Bonn, den 4. November 1977

Pfeifer

Dr. Köhler (Wolfsburg)

Dr. Hornhues

Klein (München)

Frau Benedix

Daweke

Frau Krone-Appuhn

Dr. Pfennig

Dr. Müller

Rühe

Schmidt (Wuppertal)

Frau Dr. Wilms

Frau Dr. Wisniewski

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

